



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 38  
23.09.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 33,5 % und 32 %, SPD zwischen 24 % und 22 %, AfD zwischen 16 % und 12,5 %
----------------	--

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung gestiegen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	--

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Flüchtlinge:	Deutsche gespalten hinsichtlich der Sorge um Flüchtlingsaufnahme Bürger sehen eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Krise
--------------	--

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Anlage:	Zeitreihen
---------	------------

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD Allensbach<sup>2</sup></b> für FAZ	<b>FG Wahlen<sup>3</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap<sup>4</sup></b> für ARD
CDU/CSU	33 (+1)	32 (-)	33,5 (-1,0)	33 (-2)	32 (-1)
SPD	23 (-)	23 (-1)	24,0 (+1,0)	22 (-)	22 (-1)
FDP	6 (-)	6 (+1)	7,0 (-0,5)	5 (-1)	6 (+1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	7,0 (-2,0)	10 (+1)	8 (-1)
B'90/Grüne	11 (-)	11 (-)	11,0 (-0,5)	13 (-)	12 (+1)
AfD	13 (-)	14 (-)	12,5 (+2,5)	13 (+2)	16 (+2)
Sonstige	6 (-1)	5 (-)	5,0 (+0,5)	4 (-)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.	15.-21.09.	03.-15.09.	20.-22.09.	19.-21.09.

Die Union liegt bei FG Wahlen 11 (-2), bei forsa 10 (+1), bei infratest dimap 10 (-), bei IfD Allensbach 9,5 (-2) und bei Emnid 9 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei IfD Allensbach liegt die Linkspartei bei 7 %. Dies ist der niedrigste Wert seit August 2013.  
Bei infratest dimap liegt die AfD bei 16 %. Dies ist der höchste Wert, den ein Institut seit Gründung der Partei in der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl bisher gemessen hat.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	44 (+1)
Gabriel	17 (-)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 27 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

85 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 62 % (+3) für Merkel und 8 % (+1) für Gabriel entscheiden.

46 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 27 % (-1) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (25.09.2016)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 34

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 32

<sup>4</sup> im Vergleich zur KW 35

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	24	(-1)
SPD	11	(+1)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	55	(-1)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 13 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (+2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 40 % (+4) von ihrer Partei.

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	22	(+4)
eher abwärts	19	(-5)
nicht so viel anders	57	(+1)
Erhebungszeitraum	20.-22.09.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 32 deutlich verbessert.

Anhänger der Grünen (30 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (32 %) und der Linkspartei (27 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-2)
schlechter	40	(+2)
unverändert	40	(+1)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa für BPA
sehr große	13 (-2)
große	46 (-)
wenig	33 (+2)
keine	7 (-)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.

Ostdeutsche (65 %) sowie Anhänger der AfD (73 %) und der Grünen (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 49 %).

Anhänger der FDP (45 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

## Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa für BPA
Syrien	20 (+2)
Krieg/Terrorismus allgemein	13 (-)
Islamischer Staat (IS)	12 (-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11 (+1)
Naher Osten, arabische Länder	10 (+1)
Russland	8 (-)
Türkei	7 (-9)
USA	7 (+2)
Ukraine	6 (-1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5 (-)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

Gutverdiener (26 %) und Anhänger der Union (25 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Für unter 30-Jährige geht von der Terrorgruppe IS (18 %) überdurchschnittlich oft die größte Gefahr für Deutschland aus.

Für Anhänger der AfD (16 %) droht von der Flüchtlingskrise die größte Gefahr für Deutschland.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	32 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10 (-)
Deutschland tut bereits genug	56 (-)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.

Unter 30-Jährige (43 %), Personen mit hoher formaler Bildung (39 %) sowie Anhänger der Grünen (51 %), der Linkspartei (43 %) und der SPD (37 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (15 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (66 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (64 %) sowie Anhänger der Union (67 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	18 (+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	35 (-2)
Erhebungszeitraum	12.-16.09.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (52 %) sowie Anhänger der AfD (61 %) und der FDP (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (37 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %), der SPD (45 %) und der Union (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Machen Sie sich Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	49	(-2)
mache mir keine Sorgen	48	(+2)
Erhebungszeitraum	14.-20.09.	

Anhänger der AfD (89 %) und der Union (56 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Über 50-Jährige machen sich mehr Sorgen darüber als unter 30-Jährige (56 % zu 39 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung mehr als Personen mit hoher formaler Bildung (57 % zu 33 %).

Anhänger der Linkspartei (74 %), der SPD und der Grünen (jew. 61 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

## Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	6	(-1)	22	(+1)
eher Nachteile	58	(+2)	35	(-1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	31	(-)	36	(-)
Erhebungszeitraum	14.-20.09.			

Kurzfristig sehen 40- bis 49-Jährige (64 %) und Anhänger der AfD (92 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (86 %) sowie 50- bis 59-Jährige (45 %), Ostdeutsche (44 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (43 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (36 %), 30- bis 39-Jährige (34 %) und Männer (28 %) sowie Anhänger der Linkspartei (37 %), der Grünen (35 %) und der SPD (32 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

## Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 33

	Emnid für BPA	
eher voran	29	(+5)
eher nicht voran	65	(-3)
Erhebungszeitraum	14.-20.09.	

40- bis 49-Jährige (37 %) sowie Anhänger der Union (40 %), der SPD (39 %) und der Grünen (38 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (37 % zu 24 %).

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (71 %) und 50- bis 59-Jährige (70 %) sowie Anhänger der AfD (94 %) dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher nicht vorankommt.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	39 (-2)
Abgeordnetenhauswahl Berlin/ Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern	14 (+9)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	9 (-1)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP, CETA	8 (+6)
Entwicklung der AfD, Parteitag, -programm	7 (+3)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	7 (+2)
Erhebungszeitraum	19.-20.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen 35- bis 49-Jährige (45 %), über 65-Jährige und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 44 %) sowie Anhänger der AfD (57 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Ost-deutsche und unter 30-Jährige (jew. 33 %) sowie Anhänger der Linkspartei (27 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.



























